

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 6.40 Mk., monatlich 1.90 Mk., frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Posthalter abzubolen 1.80 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1.94 Mk. Unser Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4.— Mk. für das übrige Ausland 6.50 Mk. monatlich. Versand ins Freie bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk. Postbestellungen nehmen an: Lüneburg, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragene in die Post-Versand-Verzeichnisse.
 Ordnung täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenspreis:
 Die Lebergebühren des Anzeigens sind 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, des fertigerdruckte Wort 20 Pf. (täglich 3 fertigerdruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pf. Die Lebergebühren sind Schlichtungsgebühren des Wortes 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Lebergebühren 30% Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Berichte. Anzeigen 70 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Donnerstag, den 7. November 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das Ende des Weltkriegs.

Eine neue Note Wilsons.

Beschluß der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses.

Reichstagsfraktion und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei haben gestern in gemeinsamer Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:
 Fraktion und Parteiausschuss fordern, daß der Waffenstillstand ohne jeden Verzug durchgeführt wird. Die Fraktion und der Parteiausschuss fordern weiter die Amnestie für militärische Vergehen und Straffreiheit für Mannschaften, die sich gegen die Disziplin verhalten haben. Sie fordern die unverzügliche Demokratisierung der Regierung sowie der Verwaltung Preußens und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß Fraktion und Parteiausschuss den von der Parteileitung in der Kaiserfrage unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine schnelle Regelung dieser Frage erwarten.

Berlin, 6. November. Die deutsche Delegation zum Abschluß eines Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die Abordnung besteht aus General v. Gündell, der militärischer Delegierter auf der Haager Friedenskonferenz war, dem früheren deutschen Militärattaché in Paris, General v. Winterfeldt, dem Kapitän Vanselow, dem Grafen Oberndorf und dem Staatssekretär Erzberger.

Die Zusammenkunft mit den Gegnern dürfte am Freitag erfolgen.

Paris, 5. November. (Havas.) Der Oberste Kriegsrat in Versailles hat gestern seine Arbeiten mit einer vollen Verständigung zwischen allen daran teilnehmenden Mitgliedern abgeschlossen.

Der letzte Schuß im Weltkrieg wird wohl in dieser Woche noch verhallen. Die deutsche Regierung hält Wort, sie macht Frieden. Dieser Frieden wird hart sein für das deutsche Volk, wie die folgende Note Wilsons zeigt, aber er ist notwendig geworden, nachdem die wahnsinnige Gewaltpolitik der früheren Machthaber elend zusammengebrochen ist.

Die Entente hat von den vierzehn Punkten Wilsons einen gestrichen und einen neuen hinzugefügt. Gestrichen ist der Punkt über die Freiheit der Meere, da sich offenbar das siegreiche England die Seegewalt nicht aus der Hand nehmen lassen will. Hinzugekommen ist ein Punkt, der von Deutschland verlangt, daß es für alle Schäden, die der Zivilbevölkerung der Verbündeten durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft zugefügt wurden, Entschädigung leistet. Bei den Friedensverhandlungen wird die Höhe dieser Entschädigungen ziffernmäßig festgesetzt werden, und die Gegner werden dann Gelegenheit haben, zu überlegen, ob sie ein Interesse daran haben, Deutschland wirtschaftlich zugrunde zu richten. Der Gedanke, als Ergebnis des Weltkriegs ein verhungertes, vermillardetes Volk zurückzulassen, muß sie bei ruhiger Überlegung schrecken. Denn Staatsbankrott, Auflösung und Republikanismus sind ansteckende Krankheiten. Würde dem Völkerbund, der auf der Friedenskonferenz begründet werden soll, ein von vornherein zu hoffungslosem Scheitern verurteiltes Glied eingefügt, so wäre der Todeskeim in das Ganze gelegt.

Solche Erwägungen könnten dazu führen, daß die dem deutschen Volk vorzuliegende Kostenrechnung hinter den Besürchtigungen, die man zunächst hegen muß, wesentlich zurückbleibt. Dahin, nicht nur im deutschen, sondern im Solidarinteresse des Völkerbundes zu wirken, wird eine Aufgabe der deutschen Friedensdelegation sein. Das gleiche Solidarinteresse wird geltend gemacht werden müssen, wo es sich um die Regelung der Elsaß-Lothringischen und der polnischen Frage handelt.
 Auch in ihrer veränderten Fassung enthalten die vierzehn Punkte Wilsons nicht nur Passiven, sondern auch wertvolle Aktiven für das deutsche Volk. Die nicht ihren Händen entgleiten zu lassen eine weitere Aufgabe der deutschen Friedensdelegation sein wird. Die Staaten sollen sich in ihren Handelsbeziehungen gegenseitig auf dem Fuße der Gleichheit behandeln, wodurch jeder Wirtschaftskrieg nach dem Kriege unmöglich wird. Die Rüstungen sollen allgemein auf das niederste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden, womit jede gegenseitige Bedrohung und die Notwendigkeit neuer Rük-

Mahnung des Reichskanzlers an das deutsche Volk.

Berlin, 6. November 1918. Amtlich.
 Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhe und disziplinsloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Mude die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte verlagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungskunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler Max Prinz von Baden.

türklasten wegfällt. Durch das Verbot geheimer diplomatischer Abmachungen soll der Frieden dauernd gesichert werden. Damit beginnt für Deutschland und die Welt eine neue Zeit. Sie fordert ein gründliches Umdenken auf allen Gebieten.

See- und Flotte sind bisher durch die Notwendigkeit der Landesverteidigung zusammengehalten worden. Im Kampf gegen eine Welt haben unsere Volksgenossen in Waffen ihre Aufgabe glänzend gelöst. Jetzt aber haben sie ein Recht darauf, als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt zu werden. An die Stelle des Begriffs der kriegerischen Disziplin tritt der Begriff der gesellschaftlichen Ordnung, die erfordert, daß jeder Mann den richtigen Platz im wirtschaftlichen Leben findet. Diese gesellschaftliche Ordnung zu diesem Zweck aufrechtzuerhalten oder neuzuschaffen, fordert das Interesse des Volkes selbst.

Folgen, die sich für die Mannschaften aus der kriegerischen Disziplin ergeben haben, müssen beseitigt werden. Darum forderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss in dem oben wiedergegebenen Beschluß volle Amnestie für militärische Vergehen.

Die Demokratisierung im Reich und in den Bundesstaaten vom Ganzen bis zu den kleinsten Gliedern steht noch in ihren ersten Anfängen. Es muß in beschleunigtem Tempo weitergearbeitet werden, wenn die Demokratie, die einzig mögliche dauernde Regierungsform, das nötige Gleichgewicht erhalten soll, um im Sturm der Zeit zwischen Klippen von rechts und links hindurchzusteuern.

Das erfordert aber auch eine schnelle Regelung der Kaiserfrage. Die Fraktion und der Parteiausschuss haben sich gestern nachdrücklich zu dieser Auffassung bekannt und die Parteileitung beauftragt, dem Reichskanzler eine entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen. Im Interesse der äußeren wie der inneren Politik darf der entscheidende Schritt nicht länger hinausgezögert werden. Deutschland darf sich eines einzigen Mannes wegen weder die Friedensverhandlungen erschweren noch im Bürgerkrieg verwickeln. Der Krieg, der dem Volk so unsagbare Opfer gekostet hat, fordert nun auch ein Opfer von diesem einen Mann, der mit seinen sechs Söhnen unversehrt heimgekehrt ist. Er wird immer noch lange nicht der Bedauernswerteste unter den deutschen Familienvätern sein, wenn er dieses notwendige Opfer leistet!

Der ersehnte Frieden ist zum Greifen nahe. Aber daß die Zeiten deswegen doch verflucht ernst sind, weiß jedermann. Sie fordern von denen, die für die Zukunft des Volkes die Verantwortung tragen, klare Überlegung und festen Willen. In der Wasserkrante haben sich Ereignisse abgespielt, die in aller Welt Kunde sind, wenn auch noch ein zusammenhängender, erschöpfender Bericht über sie fehlt. Keiner, dem die Gedanken der neuen Zeit aufgegangen sind, wird sich in seinem Empfinden von den Massen trennen, er wird es auch dort nicht tun, wo er nicht jedes einzelne Wortkommiss zu billigen imstande ist. Keine Furcht darf ihn beschleichen, und keine andere Rücksicht darf es für ihn geben als das Wohl des Volkes selbst, dem er mit freier freier Überzeugung dient. Wir stimmen als Sozialdemokraten aus ganzem Herzen dem Sahe zu, den wir in einem Aufruf der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ finden: „Was die Arbeiter und Soldaten wollen, ist nicht das Chaos, sondern die neue Ordnung, ist nicht die Anarchie, sondern die soziale Republik.“ Um nichts anderes handelt es sich für uns als darum, zu dieser ersehnten neuen Ordnung einen Weg zu finden, der nicht über Berge zerstampelter und verhungelter Proletarierleider führt. Wir wollen, da das entsetzliche Blutvergießen draußen endet, kein neues Blutvergießen drinnen, und wir wollen nicht tiefer ins Hungerelend hinein, sondern endlich aus ihm heraus.

In diesem Sinn faßt die sozialdemokratische Partei in der gegenwärtigen schweren Zeit ihre Aufgabe auf, und sie weiß sich in dieser Auffassung von Millionen arbeitenden Volksgenossen unterstützt. Sie weiß auch, daß die Arbeiter müde sind der Anfeindungen, mit denen die einzelnen politischen Gruppen innerhalb der Bewegung einander bedacht haben, daß sie vor Chaos und Anarchie in ihren eigenen Reihen zurückschrecken und ehrliche Verständigung zu den gemeinsamen Zielen der neuen Ordnung wollen. Nicht Terror, sondern Freiheit! Nicht Diktatur, sondern Demokratie! Nicht klammerndes Experimentieren am lebendigen Leib der Gesellschaft, sondern planvoller auf wissenschaftliche Erkenntnis und praktische Erfahrung gegründeter Aufbau einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung! Das ist der Kurs, den unser Parteischiff steuert, und den es trotz Sturm und Wogendrang festhalten wird, weil nur in seiner Richtung glückliches Friedensland liegt. Frieden, Freiheit, Brot! Der Frieden kommt, die Freiheit kann uns keiner wehren — vergeht nicht das Brot!

Die Stellung der Entente zum Wilsonprogramm.

Note Lansing's an die deutsche Regierung.
 Staatssekretär Lansing hat in einer Note vom 5. November durch Vermittlung des schweizerischen Gesandtensträgers der deutschen Regierung Mitteilung aufgenommen lassen, die nach hier eingegangenen Punktbruch folgendermaßen lautet:

In meiner Note vom 23. Oktober 1918 habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel den mit den Vereinigten Staaten verbundenen Regierungen übermitteln hat, mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundfäden herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wosfern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten.

Der Präsident hat jetzt ein Memorandum der alliierten Regierungen mit Bemerkungen über diesen Notenwechsel erhalten, das folgendermaßen lautet:

„Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongress vom 8. Januar 1918, sowie der Grundzüge, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich so genannte Begriff der

Freiheit der Meere verschiedene Auslegung (Bestimmungen?) einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich

bestehende über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten.

Berner hat der Präsident in den in seiner Ansprache am 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch

wiederhergestellt

werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. Sie versprechen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schäden Ersatz leisten soll.

Der Präsident hat mich mit der Mitteilung beauftragt, daß er mit der im letzten Teil des angeführten Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist. Der Präsident hat mich ferner beauftragt, Sie zu ersuchen, der deutschen Regierung mitzutteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen ermächtigt worden ist, achtsam beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen.

Die Sowjetvertretung aus Berlin abgereist.

Berlin, 6. November. Amtlich. Die russisch-diplomatische Vertretung ist heute früh mit Sonderzug nach Kurland abgereist.

Die spanische Botschaft demontiert die gestrige Notiz, daß sie die Interessen der Russen in Deutschland übernehmen würde.

Zur Ausweisung der russischen Botschaft. Deutsche Protestnote in Moskau. — Zweifeltiger Abbruch der Beziehungen.

Im Anschluß an die Ereignisse, die zur Ausweisung des General-Lowel in Moskau geführt haben, hat der russische Regierung eine Note zu überreichen, aus der wir folgende Absätze hervorheben:

Die Sowjetische Regierung hat schon zu wiederholten Male dagegen Einspruch erhoben, daß durch Rundgedruckte russischer amtlicher Stellen entgegen den Abmachungen in Artikel 3 des Bräster Friedensvertrages eine unzulässige Agitation gegen deutsche Staats-einrichtungen getrieben wird. Sie sieht sich nicht länger in der Lage, sich auf Verweise gegen die Agitation zu beschränken, die nicht nur eine Verletzung der genannten Vertragsbestimmungen, sondern auch einen klaren Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze des Völkerrechts bedeutet.

Als die Sowjetregierung nach Abschluß des Friedensvertrages ihre diplomatische Vertretung in Berlin errichtete, wurde der ernannte russische Bevollmächtigte Herr Hoffe ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Bekämpfung jeder agitatorischen und propagandistischen Tätigkeit in Deutschland hingewiesen. Er erwiderte darauf, er könne den Artikel 3 des Bräster Friedensvertrages nicht verstehen, daß es ihm als Vertreter einer fremden Regierung obliege, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen. Herr Hoffe und die ihm unterstellten Organe haben sich infolgedessen hier der Mäßigkeit und des Zurückhaltens zu erfreuen gehabt, die territorialen Interessen Deutschlands gegenüber nicht verletzen. Das entgegengeordnete Verhalten ist jedoch nicht zu dulden. Schon seit einiger Zeit zeigte sich, daß die russische diplomatische Vertretung durch immer mehr Schritte zu gewissen, auf den Umsturz der bestehenden Ordnung in Deutschland hinzielenden Elementen und durch Veranlassung solcher Elemente im Dienste der Vertretung an der nachfolgenden Bewegung in Deutschland Interesse nahm. Durch folgenden Zwischenfall, der sich am 4. d. M. ereignete, hat sich herausgestellt, daß die russische Vertretung durch Einführung von Flugblättern mit Aufforderungen zur Revolution unter Verletzung des diplomatischen Charakterprivilegs an den Umsturzbestrebungen sogar tätigen Anteil nimmt. Infolge der Unbilligkeit einer der zum amtlichen Gehalt des gestrichen russischen Beamten geschickten Kisten auf dem Transport ist festgestellt worden, daß diese Entwürfe in deutscher Sprache abgedruckt und nach ihrem Inhalt zur Verbreitung in Deutschland bestimmte Flugblätter enthalten.

Weiter protestiert die Note dagegen, daß die russische Regierung trotz aller gegenseitigen Versicherungen nichts getan habe, um die Schuldigen an der Ermordung des Grafen Mirbach der Bestrafung zuzuführen. Die deutsche Regierung erhebt Einspruch gegen diese Vertrags- und Völkerrechtsverletzungen. Sie verlangt, daß Bürgschaften gegen die Fortsetzung der bisher betriebenen Agitation gegeben und die Mörder des Grafen Mirbach bestraft werden.

Als zu dem Zeitpunkt, an dem diese Forderungen erfüllt sind, auch die Sowjetische Regierung die Regierung der Sowjetrepublik zu verlassen, ihre diplomatischen und sonstigen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Sie wird in gleicher Weise die amtlichen deutschen Vertreter in Russland für diese Zeit abzuziehen.

Die von einem Mitgliebekommte gebrachte Meldung von einer bevorstehenden Durchscheidung der russischen Botschaft ist nach dem W. W. M. unzutreffend. Die Exterritorialität des Botschaftsgebäudes wird auch nach Abreise der Botschaft gewahrt bleiben. Der Leiter der Botschaft hat Herr Hoffe, dem unabhängigen Standtagsabgeordneten Oskar Gahn, der sich in der Botschaft aufhielt, ein Verbot zur Verweigerung anvertrauen zu dürfen, das nach seiner bestimmten Versicherung nur Geld, Beiträge für die Gefangenenfursee und das Rote Kreuz, enthält. Diese Erlaubnis wurde ihm erteilt.

Clemenceau über den Waffenstillstand mit Deutschland.

Paris, 6. November. Kammer Sitzung. Präsident Deschanel befragte in ausführlicher Rede die historische Entwicklung der Sache der Alliierten. Pichon schloß sich ihm an und erzahrte, Italien wäre seinen Einheitsakt durch die Grandung der Terza Internazionale bewirkt. Frankreich werde seine nationale Integrität wiederherstellen, ebenso wie die Befreiung der unterworfenen Nationalitäten.

Clemenceau wendete die Waffenstillstandsbedingungen mit Frankreich. (Auskunftsweise.) Der Redner wendete Mittelungen von den Ergebnissen des internationalen Rates von Versailles und sagte, das dem Ratier von Deutschland die unumgänglichen Gegebenheiten zur Fortsetzung des Krieges führen. Der zweite Rat von Versailles hat die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland

Nachhutgefechte zwischen Schelde und Oise — Ruckverlegungen zwischen Oise und Maas — Kämpfe auf den östlichen Maashohen — Abschlagen der amerikanischen Angriffe.

Berlin, 6. November, abends. Amtlich.

Festige Angriffe nordwastlich von Valenciennes, bei Yabon und bei Aulnoye an der Sambre konnten die Durchführung der zwischen Schelde und Oise eingeleiteten Bewegungen nicht hindern. Von der Oise bis zur Maas keine größeren Kämpfe. Auf dem Oiseufer der Maas erneute Angriffe der Amerikaner; östlich Dun konnten sie etwas Boden gewinnen, im übrigen sind sie gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Oberste Gruppe Kronprinz Rupprecht

Infanteriekampfe in der Schelde-Niederung. Auf dem Scheldesee zwischen der Schelde und der Oise haben wir uns vom Gegner abgesetzt. Der Feind, der gehen nach hostlichen Artillerie seine Angriffe wieder aufnehmen wollte, fiel auf geräumte Stellungen. Bei seinem weiteren Vorwarten wurde er durch unsere Nachhut in Einzelkampfe verwickelt, die im Walde von Mormal und südlich von Landreies größeren Umfang annahm. Der Feind stand am Abend westlich von Savi, am Ostrand des Walde von Mormal, östlich von Landreies und südlich von Gulle. Auch zwischen der Oise und der Maas haben wir größere Bewegungen durchgeführt. Der Gegner ist im Laufe des Tages gestört und hat westlich der Oise die allgemeine Linie Marie-Tign le Grand-Gely erobert. Westlich der Oise haben wir mit ihm nördlich von Le Chesne und westlich von Beaumont in Geiselschlahungen, Stärkere Angriffe des Feindes bei Beaumont und Vertaine wurden abgewiesen.

Südlich von Dun blieb der Amerikaner unter heftigem Feuer auf der Maas und drang in die Waldungen auf den östlichen Maashohen zwischen Nilly und Billois ein. Das sandische Jäger-Regiment Nr. 7 warf in der Mitte der Kampfzone auf Fontaines vordringenden Feind zurück und nahm den Epinay-Wald wieder. Die Kämpfe fanden auf dem Rande der östlichen Maashohen ihren Abschluß. Auf dem Oiseufer der Maas schlugen brandenburgische und sandische Regimenter erneute Angriffe der Amerikaner auf den Höhen südlich von Sibry und in dem Walde von Groye ab.

Wir schossen am 4. November 45 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Boller und Leutnant Koennecke errangen ihren 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Grotzer.

festgestellt. Die Bedingungen dieses Waffenstillstandes sind Montag an Wilson abgegangen, der sie, falls er sie billigt, der laienlichen und demokratischen Regierung zur Kenntnis bringen wird. (Weiteres.) Es wird dann genügen, das Deutschland sich an Marschall Foch wendet. (Weisung.) Der Geist, in welchem dieses letzte Dokument verfaßt ist, ist derselbe wie derjenige, dem die drei anderen Entsprungen sind. (Anhalten der Weisung.) Die Bedingungen sind uns durch Wilson selbst empfohlen worden. Für den Fall, das die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden sollten, sei der Zweck der Entwurfsung des Feindes, soweit sie nötig sein würde, im Falle hosten Willens oder des Wortbruchs seitens des Feindes eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern. (Weisung.) Clemenceau sagte hinzu, das es ihm unmöglich sei, ihn, der als letzter Unterzeichner des Protokolls von Vordaux gegen die Abführung von Gas-Vorratungen übrig geblieben sei (die ganze Kammer erhebt sich und bricht in Weisung aus), das es ihm unmöglich sei, in der Stunde, wo der Frieden, der vielleicht nicht so nahe sei, wie manche unter ihnen glaubten, der aber von jetzt an sicher sei, nicht denjenigen zu huldigen, die ihn angeregt und die ungeheure nationale Aufgabe fortgeführt hätten, die sich in diesem Augenblicke erfülle. Gambetta, der der Verteidiger des französischen Gebietes war, mit dem Clemenceau in Vordaux für die Fortsetzung des Krieges stimmte, der 50 Jahre hindurch nicht aufgehört. Clemenceau lädt das Parlament ein, seine neuen Wünsche nach dem Kriege

ins Auge zu fassen. Wir wollen den Krieg, sagte er, für einen Frieden der Gerechtigkeit und des Rechts mit den notwendigen Wurgschaften. Wenn man die Schrecknisse gesehen hat, die von den Deutschen in unseren von ihrem Einfluß betroffenen Gebieten begangen wurden, so ist es unmöglich, diese Wurgschaften nicht zu fordern. Die Menschlichkeit wäre ihnen aufgezeigt, wenn sie solche Greuel nochmals sehen sollte. Das wollen wir nicht. (Weisung.) Clemenceau ging näher auf die Pflichten nach dem Kriege ein. Nachdem wir uns des Krieges würdig gezeigt haben, sagte er, werden wir uns des Friedens würdig zeigen müssen. Aus unseren Verbandten haben wir uns unzulässige Freunde gemacht. Wir haben Freunde aus unseren alten Feinden, den Engländern, gemacht, die Wunder auf den Schlachtfeldern in Frankreich und in Flandern verrichteten. (Weisung.) — Pichon und Deschanel haben gesagt, das wir Italien, Serbien und den jungen von uns befreiten Völkern zu sagen haben. Ich frage nicht von den Vereinigten Staaten, die alte Freunde sind, die wir schon kannten und die wir lieblich wiederzuerlangen haben. Dem Bandnis im Kriege würde ein unerfulltes Bandnis im Frieden folgen. (Rehbarer Weisung.) Die Walter haben begriffen, das sie alle selbstkritisch sind. Den Krieg haben wir schon gewonnen, vielleicht werden wir auf den Frieden nach einige Zeit warten müssen, aber das Befehl unserer Völker ist festgelegt.

Clemenceau tief alle Franzosen zur Einigkeit im Frieden wie im Kriege auf. Es ist unser Ruhm, sagte er, ein idealistisches Volk zu sein. Frankreich stellt die ideale Auffassung dar, es führt den großen Kreuzzug der Gerechtigkeit. (Anhalten der Weisung.) Der offizielle Anschluß der Note wurde beschloen.

Gefangenen austausch mit Frankreich.

Wie vor einiger Zeit in der Presse mitgeteilt wurde, ist der Austausch der mehr als 18 Monate Kriegsgefangenen Deutschen und französischen Beobachtungsoffizieren am 15. Oktober wieder aufgenommen worden. Zur Ausweitung der Angelegenheit, welche die Rückführung der Furigen mit bequelliger Handlung erwarteten, sei gesagt, das der Austausch sich vollständig regeimaig vollzieht. In jeder Woche tauschen zwei Züge mit rund 1800 deutschen Kriegsgefangenen französischen und französischen in Deutschland ein. Von deutscher Seite gesendet schiffverhaltlich alles, um trotz der Grippe und der in den Ausweitungsbereichen begrenzten Schwierigkeiten den ruhigen Ablauf des Austausches zu sichern.

Der nächste Offiziersaustausch wird etwa Mitte November in der Schweiz einwohnen.

Der deutsch-englische Gefangenen austausch.

Die deutsche Regierung zum Abschluß des Abkommens bereit.

Im englischen Unterhaus teilte Cope, wie Reuters meldet, mit, das die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, das Haager Abkommen über die Gefangenen zu erfüllen und das sie die Bedingungen, die sie wegen der Deutschen in China zu machen suchte, fallen gelassen hat.

England wagterte sich bisher, die China-Deutschen in das Abkommen einzubeziehen. In dieser Haltung hat sich nichts geändert, und die deutsche Regierung geht jetzt darauf ein und sichert so einer großen Anzahl Kriegsopfer die Vorteile des Abkommens.

Nach Meldung des Hollandsch Newsbureaus erklärte Cope weiter, das alle Kommandanten und andere Personen, die sich Granatminen gegen britische Gefangene haben zuschulden kommen lassen, an einem Orte versammelt und das nach Friedensschluß Schritte unternommen werden, diese Personen vor einen Gerichtshof zu bringen.

Cope, der anfangs als englischer Vertreter bei den Haager Verhandlungen anwesend war, müsste natürlich in Kauf nehmen, das Gleiches mit Gleichem vergolten, also auch den deutschen Gefangenen solche Vergeltung verschafft würde. Aber diese Forderung scheint er vorwahrigsweise nicht gestellt zu haben.

Zürich, 6. November. Die Züricher Post veroffentlicht den Protest eines Schweizer Arztes, der fast während der ganzen Kriegszeit in deutschen Lazareten tätig war, gegen die im englischen Unterhaus vom Minister des Innern am 30. Oktober erhobenen Vorwürfe über eine schlechte Behandlung von Gefangenen in deutschen Gefangenenlagern und Lazareten.

In dem Protest heißt es u. a.: Diejenigen Schweizerischen Arzte, die lange Zeit in Deutschlands Lazareten tätig gewesen sind, werden mit Entzufung diese Aussagen lesen, in denen sie nur einen systematischen Mord an der menschlichen Gerechtigkeit und zur Aufspaltung der Leidenschaften erblicken können. Der Einsender hat nie irgend etwas gesehen, was als absichtliche Verfechtung des Lebens der Gefangenen und Kranken bezeichnet werden konnte, die so behandelt wurden, wie es humanitär nicht geschehen konnte.

Wenn später die Ernahung ungenugend war, so dürfte auch der englische Minister die Gründe kennen, die in der humanen Kriegsführung gelegen sind. Besonders hat auch Präsident Wilson die Hungerhaube als unethisch und unvereinbar mit den internationalen Verträgen erklärt. Aus tiefster Ueberzeugung versichert der Schweizer, das das deutsche Volk und die deutschen Arzte gegenuber den Vorwürfen rein dastehen. Eine vereinzelte Ausnahme, wenn sie erwiesen wurde, könnte dieses Urteil nicht ändern.

Ruhe in Oesterreich.

Als Reaktion auf die Aufregungen der letzten Woche herrscht in Oesterreich und Ungarn relative Ruhe. Doch macht die Demobilisation noch immer erhebliche Schwierigkeiten. Die Soldaten in der sadlichsten Verfassung in ihrer Heimat an, Sotrafen am Mittwoch nachbilden uberhanden Szaparen die überlebenden Deutsch-Oesterreicher und Tschechoslowaken des verstorbenen Grokampfbefehlshabers „Viribus Unitis“, ungefähr dreihundert Mann, mit dem Eisenbahn in Wien ein, wo sie vorläufig in einer Kaserne untergebracht wurden. Die Familienkredite boten, das sie nur das nackte Leben retteten, ein Bild des Jammers. Unter ihnen befand sich auch der letzte Kommandant der Oesterreichisch-ungarischen Flotte, Konteradmiral Horthy.

Zwischen Vostar und Montenegro sind über 100 000 Oesterreichisch-ungarische Soldaten beiprengt, die auf den Transport in die Heimat warten.

Wien, 6. November. Der Korrespondent des „Neuen Wiener Tagblattes“ meldet aus Budapest: Während in Budapest die größte Ordnung und Ruhe herrscht, kommen aus der Provinz ernste Nachrichten. In vielen Gemeinden der Kleinen Karpaten hat der verheerliche Pebel die Bedürfnisse weggerafft. Ueberall wird die Proklamation des slowakischen Nationalrates verbreitet. Aus den Gemeinden an der ungarischen Grenze werden die ungarischen Stublichter und Rotare weggejagt, in Südungarn ist es zu Unruhen im Bergwerke Melchitz gekommen.

Deutschland anerkennt Deutsch-Oesterreich.

Das Präsidium des Einokrates veroffentlicht folgende Mitteilung: Der deutsche Botschafter Graf Wedel stattete dem Staatssekretär für Auswardige Adler einen Besuch ab und teilte ihm mit, das die deutsche Regierung die Rekonstruktion der deutsch-Oesterreichischen Regierung zur Kenntnis genommen habe. Staatssekretär Adler erklärte, die deutsch-Oesterreichische Regierung werde mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den erforderlichen Schutz der in Deutsch-Oesterreich weilenden Reichsdeutschen sich angelegen sein lassen.

„Es lebe die tschechoslowakische Republik.“

Die „Neue freie Presse“ meldet aus Prag: Kramarag traf mit den übrigen tschechoslowakischen Delegierten aus der Schweiz in Prag ein. In den Straßen der Stadt wurde er von einer riesigen Menschenmenge fruhlich gegrüßt. Vom Balkon des Botschaftsgebudes hielt Kramarag eine Ansprache, in der er sagte, das keine Macht der Welt mehr imstande sei, dem tschechoslowakischen Volk das aus der Hand zu nehmen, was es besitzt. Die Rede klang in den Auf und ab: Es lebe die tschechoslowakische Republik!

Nach der Fahrt durch die schonlich geschmückte Stadt hielten Kramarag und andere Delegierte auf dem Wenzelsplatz neuerlich Ansprachen. Spät abends berichteten sie im Parlamentsklub über die Ergebnisse der Schweizer Reise.

Tschechen und Deutsch-Oesterreicher.

Prag, 6. November. Bis Tschechenkamen vertrieben, das Kramarag aus der Schweiz die Zustimmung mitbrachte, das Tschechen angeteilt dem tschechoslowakischen Staat zuzufallen soll. Das Organ der Partei „Kofe Kofe“, heißt: Wie haben die Tschechen, mit den Deutschen in Wien und Prag zu verhandeln. Wir wissen, das unser Staat bisher nur dazu gefährt sein kann, wenn sich beide Nationen in ihm zurichten können.

Wien, 6. November. Die Mitglieder des deutschen Gemeinderates haben gestern ihre Mandate niedergelegt, weil ihnen bei der Uebernahme der Stadt an die tschechoslowakische Regierung unabhortige, demutige Bedingungen gestellt wurden, auch von der Volkswahlgenossenschaft gegen das Mandat und die übrigen Besatzer der Stadtverwaltung gestellt wurde.

Gewerkschaftsbewegung

Lehrerzulage in der Kriegsmetallgesellschaft.

In großer Zahl waren die Angestellten der Kriegsmetallgesellschaft gestern im 'Reinhold' versammelt. Sie hatten vor längerer Zeit bei der Direktion die Erhöhung der Lehrergulagen beantragt. Darüber ist wiederholt im Schlichtungsausschuss verhandelt, aber keine Verständigung erzielt worden.

Verammlung der Eisenbahnbetriebsarbeiter.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hatte am Dienstag eine öffentliche Versammlung der von der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Betriebs- und Oberbauarbeiter einberufen. Der starke Besuch sowie die Stimmung der Versammlung zeugten dafür, daß der freigewerkschaftliche Geist, der unter den Werkstattdarbeitern der Eisenbahn dank der Tätigkeit des Eisenbahnerverbandes weit ausgebreitet ist, auch in den Reihen der Betriebs- und Oberbauarbeiter Wurzel gefaßt hat.

Geringer Lohn — unzuverlässige Arbeitskräfte.

Gute Arbeiter, die für einen Stundenlohn von 50 Pf. bei der Firma Wolfram beschäftigt war, hatte Städte von sehr wertvollem Metall während verschiedener Stadien der Verarbeitung von einer Seite nach der anderen zu tragen. Für gewöhnlich mußte sie die stehenden Städte auf einer Platte an einen Ort tragen, wo sie abblähten.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Moriz lächelte spöttisch über das geängstigte Gesicht Grohglück. "Beruhigen Sie sich ein bißchen, ja, gleich, gleich, ich habe hier Kölnischwasser, ich werd' Ihnen die Stirn einreiben." Er feuchtete ein Taschentuch an und wolle es Moriz auf die Stirne legen.

deshalb einen Lohnabzug von 32 M., wogegen die Arbeiterin das Berliner Gewerbegericht anrief. Hier wurde die Firma zur Zahlung verurteilt mit der Begründung: An sich würde die Klägerin, da sie groß fahrlässig gehandelt habe, zum Schadenersatz herangezogen werden können.

Parteinachrichten.

Dreißig- bis vierzigtausend

Menschen versammelten sich in Magdeburg auf dem großen Fest- und Spielplatz, wo von errichteten Tribünen die Genossen Landsberg, Reims und Weiss zu den Massen sprachen. Sie rechneten mit dem alten System der Militär- und Polizeimacht ab und schilderten das neue Deutschland der Demokratie und Freiheit, wie es das werktätige Volk selbst gestalten soll.

Wassendemonstrationen für die Politik der Partei.

Unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung fanden am 3., 4. und 5. November Versammlungen statt, in denen Reichstagsabgeordneter Weiss in Senftenberg, Finsterwalde und Fürstenwalde a. Spree referierte. Die Erregung der Vergewaltigung des kaiserlichen Kohlenreviers fand in Senftenberg in stürmischen Beifallstürmen und der einstimmigen Annahme einer Resolution ihren Ausdruck.

Aus dem Dunkel der Neumark.

Nach jahrelangen Kämpfen mit der Polizeiverwaltung und dem Landratsamt gelang es unierten Genossen, am Sonntag im größten Saale der Kreisstadt Königsberg-Neumark eine drängende Versammlung abzuhalten. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der Saal überfüllt.

Ueber Abdankung darf nicht gesprochen werden.

In Halle a. S. beschäftigte sich eine glänzende Versammlung mit dem Thema Volksregierung und Frieden. Als Referent trat Genosse Ad. Thiele darauf ein, wieder und zuerst noch an einer Volksregierung festzuhalten. Die erfolgten Verfassungsänderungen seien nur der erste Anfang, nicht das Ende der Demokratisierung.

munalverwaltungen ausgedehnt und reiflos durchgeführt werden müsse.

Große Fortschritte in Köln.

Der Sozialdemokratische Verein für die beiden Kölner Wahlkreise hat während des Monats Oktober 1900 neue Mitglieder gewonnen. Die große Mehrheit sind Arbeiter, aber auch Privatangestellte, Beamte und freie Berufe sind zahlreich vertreten. Das Parteiblatt hat in einem Monat über 10000 neue Besteller gewonnen.

Industrie und Handel.

Die Börsen in den Sturmtagen.

Die Berliner Börse war am Mittwoch im allgemeinen kräftig erholt. Die Käufer waren offenbar heifrig, daß sich die Erlöste mit den berühmten vierzehn Punkten Wilsons im allgemeinen begnügt hatte, und glaubten deshalb, ihrem Optimismus die Kräfte schliehen lassen zu dürfen, bezw. Deckungen vorzunehmen zu müssen.

Aus dem Berliner Wirtschaftskleben.

Die Einnahme der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitbewirtschafteten Bahnen betrug im Oktober 1918 abzüglich Verlehrssteuer vorläufig 8881180 M. (Oktober 1917 endgültig 7510269 M.), also im Jahre 1918 mehr 1370971 M. Seit der Einführung des neuen Tarifsystems hat das Unternehmen folgende Einnahmen erzielt:

Table with 3 columns: Month, 1918, and gegen das Vorjahr. Rows include Mai, Juni, Juli, August, September, and Oktober.

Soziales.

Eine Konferenz von Frankfurter Arbeitervertretern sah eine Entschloßung, in der die angebotene Demokratisierung der Verfassung begrüßt und von der Parteileitung erwartet wird, unbeirrt dem souveränen Volkswillen zuzusteuern. Des weiteren sei jedes Hindernis zur Erreichung eines Friedens zu beseitigen, sobald es nicht freiwillig dem Druck der Bolschewiken weiche.

Notizen.

In der Volksbühne wird die Aufführung von Schillers 'Wilhelm Tell' mit Friedrich Schiller in der Titelrolle vorbereitet. Vortrag, Donnerstag, den 7. November, spricht Herr Gumbel über unsere Zeit im Rosenkranz- und Nibbelungen-Saal, Lauensteinstr. 131.

But blühte er ihn an und einem solchen Leid, daß ihm die Tränen in die Augen liegen. "Goh, Anton, ich brauch' nichts mehr. Im Gefängnis wird er zur Bestimmung kommen," sagte er leiser, mit gebrochener Stimme hinzu.

guten Plan. Er hat in seiner Fabrik vierzigtausend Vargeld, das kann man von ihm nach und nach einkaufieren, in ein... zwei Jahren geht er blank raus. Ich hab' alle überdacht und kann Sie versichern, daß es gelingen wird. Moriz sprach ruhig und befrächtig seine Ausführungen durch eine Reihe von Ziffern und verschiedene tückische Pläne.

(Fort. folgt.)

Verkaufe

Wassermotoren, Kleinmaschinen, elektrische Motoren, Dampfmaschinen, etc.

Tüchtige Automobilreparaturen-Schlosser

Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Berlin, Potsdamerstr. 118/119

Tüchtige Dreher, Horizontalbohrer und Hobler

Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Charlottenburg, Bülowstr. 27/28

Schmiede und Schirmermeister

Alex. Herman G. m. b. H., Berlin N 20, Panzstraße 20, und Berlin-Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 10/11

Dreher, Schlosser, Mechaniker, Kohrleger, Klempner

stellt ein Maschinenfabrik Schulz & Sackur, 35, Berliner Str. 35

Nachtpförtner

Wassermotoren, Kleinmaschinen, elektrische Motoren, Dampfmaschinen, etc.

Schlosser, Motorschlosser, Dreher

Norddeutsche Flugzeugwerke G. m. b. H., Berlin, Köpenicker Str. 20

Intell., tücht. Kaufmann

mit 40 Jahren Erfahrung, sucht in Stellung, um bei verschiedenen Einnahmen tätig zu sein.

Chauffeur

für sofort gesucht, 32, Gieselerstr. 32, Berlin N 20, Hennigstr. 21

Zuschläger

und Schmiede verlangt, Kahlstein, Wagenbau, Charlottenburg, Salzgüter 4

Wächter, Hausdiener

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Heizer

erhalten sofort Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Automobilkonditor

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Einrichter

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Laufbursche

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Tüchtige Automobilglotter

werden eingestellt, Adlerwerke, Berlin, Zimmerstraße 22/24

Tüchtiger Werkmeister

unabhängig und mit modernen Arbeitsmethoden vertraut, nach Möglichkeit geleiteter Meister, 190/11, Frause 55, 2. III

Bortierfran

ohne Kündigung gesucht, 190/11, Frause 55, 2. III

Kranke Arbeiterinnen

verlangt, 190/11, Frause 55, 2. III

„Leha“

Fabrik elektr. Feinapparate, Rentfeln, Steinmetzstr. 45

Kaufm., Hausdiener

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Tüchtige Hausdiener oder Bortierfran

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Maschinenmeister

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Zwei tüchtige Klempner

Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Charlottenburg, Pritschenstraße 27/28

Steldrud-Maschinenmeister

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Bauklempner

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Schlosser und Rohrleger

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Dreher

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Werkstattschreiberinnen

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Anlegerinnen

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

Junges Mädchen

erhalten in unserer Verwaltungen für Verzeilen und sonstige Anstellung, 167, A. Wertheim, Pöhlstr. 229

A. Wertheim

Leipziger Str. (Berliner-Abt.) Kochplatz Königl. Rotenthaler Str.

Das goldene Lächeln. Ein humorvolles Gedicht in drei Akten. Herausgegeben von Rudolf Herzig. Mit 120 illustrierten Bildern. Gebunden in Leinwand. Preis 2.40 nur 1.80.

Das goldene Lächeln. Ein humorvolles Gedicht in drei Akten. Herausgegeben von Rudolf Herzig. Mit 120 illustrierten Bildern. Gebunden in Leinwand. Preis 2.40 nur 1.80.

Das goldene Lächeln. Ein humorvolles Gedicht in drei Akten. Herausgegeben von Rudolf Herzig. Mit 120 illustrierten Bildern. Gebunden in Leinwand. Preis 2.40 nur 1.80.

Angebot von Restauflagen und antiquarischen Werken

solange Vorrat zu besonders billigen Preisen

Die Wunder der Sternennacht. Ein Ausflug in den Himmelraum für die Schüler aller Stände und alle Freunde der Natur von Dr. Otto Ilse mit 121 Textabbildungen und 4 Tafeln. Gebunden. Preis 10.45 nur 6.25.

21 Meilen vom Südpol. von G. A. Schaller. Die Geschichte der britischen Südpol-Expedition 1901/02. Vier farbige Karten mit 77 Illustrationen. 200 S. Preis 11.00 nur 6.45.

Wägenritte und Vulkanbesichtigungen auf Island von Karl Müller. Elegante Aufnahmen in 7.70 nur 4.85.

Das Frauenbuch 3 Bände elegant gebunden in Leinen. Preis 15.00.

Regulär Neu erschienen **Rudolf Herzig Jungbrunnen** Novellen Gebd. M. 7.15

Historische Romane v. Walter Scott 10 Bände elegant gebunden. Preis 3.95.

Wolf Stern. Ungewöhnliche Werte. Mit 120 illustrierten Bildern. Gebunden. Preis 13.75.

Sieben erschienen: Neue wohlfeile Ausgabe

Theodor Storms sämtliche Werke

3 Bände elegant gebunden M. 18.15 (nur solange Vorrat).

Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin

Stefan Berkiczak am 18. Oktober 1909

Hans Wendel am 1. November 1909

Emil Zimmermann am 2. November 1909

Statt jeder besonderen Mitteilung.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief sanft am 26. Oktober in Simmern an den Folgen der Grippe unser innigstgeliebter Sohn

Dr. Curt Bading

im 26. Lebensjahre.

Berlin-Wilmersdorf, Prager Platz 2.

Max Bading und Frau.

Sexualdemokrat. Verein Berlin VI (S. P. D.).

Heinrich Schaar am 15. Oktober 1909

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt Potsdamerstr. 117a

Warum Wilson mit dem Kaiser nicht verhandeln will?

Der **Schilling des Kaisers.** Erinnerungen u. Schilderungen eines amerikanischen Seehäufes am deutschen Kaiserhofe bis Januar 1912.

Nur im Wege einer öffentlichen Vertändigung darüber Friede möglich.

Verlag Gustav Henssen, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 133.

Der Ausschuss für deutsch-österreichische zwanglosen Zusammenkunft

Alte Gebisse pro Zahn bis 4 M.

Rauchtabak Kleiner holl. Rauchtabak

Zigarren-Rancher!

Geügel-Verkauf

Frau Grunke

Juwelen

Gartenlaubparzelen

Hans Wendel am 1. November 1909

Emil Zimmermann am 2. November 1909

Erich Zielen am 3. November 1909

Ernst Neumann am 1. November 1909

Franz Beuter am 2. November 1909

Anna Szymanski am 3. November 1909

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt Potsdamerstr. 117a

Spezialarzt Dr. med. Kiedicke Kant. Harn- u. Geschlechtsk.

Spezialarzt Dr. med. Coleman Friedrich-Str. 21/22

2 öffentliche Waschtage Donnerstag, den 7., Freitag, den 8. November.

„Das kleine Wunder“ Vacuum-Wasch-Apparat

Nur aber raus mit sämtlichen alten Akten u. Skripturen

S. Baronschok Berlin N.O. 43, Neue Königstr. 108+1845

Geügel-Verkauf Posten, Makelbücher, Makelnbücher, Makelbücher

Frau Grunke Heiderstr. 32

Juwelen Brillanten, Perlen, Edelsteine

Gartenlaubparzelen in guter Kultur, gute Ertragsleistung

Edward Berger am 3. November 1909

Felix Wasiek am 4. November 1909

Dankfagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme

Spezialarzt Dr. med. Kiedicke Kant. Harn- u. Geschlechtsk.

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kiedicke Kant. Harn- u. Geschlechtsk.

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kiedicke Kant. Harn- u. Geschlechtsk.

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Dankfagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme

Karl Schade legt ich allen Verwandten und Bekannten

Witwe Johanna Schade geb. Klopfer, Center Straße 3.

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Dankfagung für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme

Karl Meyer Berlin, Köpenicker Str. 7.

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Spezialarzt Dr. med. Wackenloß Friedrich-Str. 155

Spezialarzt Dr. med. Kieben für Geschlechtskrankheiten

Eutfassung deutschösterreichischer Soldaten nach Deutschland.

Vom deutschösterreichischen Staatsamt für Heerwesen ergibt folgende Kundmachung: Alle Personen des deutschösterreichischen Nationalitätenbekenntnisses, deren Friedensaufenthaltsort vor dem Kriege nachweisbar im Deutschen Reich lag, können dorthin zurückkehren. Bezügliche Nachforschungsdokumente erteilen im Einvernehmen mit den bevollmächtigten reichsdeutschen Stellen Leutnant a. D. Emil Weh und Hauptmann i. V. R. Walter Heller. Das Amtssiegel beim Bevollmächtigten des Preussischen Kriegsministeriums ist Notenturmstraße 27. Vorgenannte sind zur Zeichnung der Nachforschungsdokumente auf Befehl des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen berechtigt. Der Unterstaatssekretär Dr. Julius Deutsch R. A. für den Bevollmächtigten des Preussischen Kriegsministeriums Randt, Major.

Noch nicht!

Die Korrespondenz Wilhelm meldet: Die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung des Hofrates und der Entlassung der Garden entspricht nicht den Tatsachen.

Lloyd George über die Pariser Verhandlungen.

Amsterdam, 6. November. Im Unterhause erklärte Lloyd George über die Bedingungen des Waffenstillstandes mit Oesterreich folgendes: Ich will Ihnen gern über die Berichte Mitteilungen machen, die ich über die Konferenzen der Alliierten geben kann, die während der letzten vier Tage in Versailles stattgefunden haben, wie auch über die wichtigen Ereignisse der vergangenen Woche. Den Konferenzen wohnten die Minister, welche Frankreich, Italien und England vertreten, Oberst House, der den Präsidenten der Vereinigten Staaten vertritt, sowie Offiziere der Seemacht der Alliierten und Vertreter von Japan, Belgien, Serbien, Griechenland und der Tschechoslowaken bei. Lloyd Georges erste Mitteilungen betrafen die

vollständige Ausschaltung der Türkei.

Er fügte dem hinzu, daß die Bedingungen dieses Waffenstillstandes und die Umstände, unter denen er unterzeichnet wurde, bereits bekannt gemacht worden seien. Die Bedingungen herausen Deutschland nicht nur keinen östlichen Bundesgenossen, sondern sie geben den Alliierten auch die Macht im Schwarzen Meere in die Hände, dessen Beherrschung von vitaler Bedeutung für den weiteren Verlauf des Krieges ist. Zu Beginn der vorigen Woche wurde uns während der Tagung der Konferenz bekannt, daß die Oberbefehlshaber der österreichischen Armee einen Unterhändler an General Diaz entsandt hätten, um sich die Bedingungen bekannt geben zu lassen, unter denen die Alliierten einen Waffenstillstand bewilligen könnten. Nach kurzer Besprechung mit den militärischen und maritimen Vertretern wurde der Oberste Kriegsrat sich über die an General Diaz zu entsendenden Bedingungen einig. Lloyd George gab darauf diese Bedingungen bekannt. Asquith erklärte hierauf in kurzer Ansprache, daß das Unterhaus mit Zufriedenheit Lloyd Georges Bekanntmachungen folge sei.

Der Ausschluß der Iren vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

London, 6. November. (Meuter.) Unterhaus. Die irischen Nationalisten brachten einen Antrag ein, daß England vor Beginn der Friedensverhandlungen die irische Frage in Nebereinschaltung mit den Grundfragen Wilsons stellen soll. Der Staatssekretär für Irland, Shortt, lehnte ab, daß, wenn es sich um die irische Frage handelt, eine Regelung zu erreichen, dieser Erfolg in eben solchem Maße den Irländern selbst wie den Engländern zugesprochen sei. Jede von Irland erzielte Regelung, die der irischen Frage Rechnung trüge, würde vom Parlament und dem Volke bereitwillig angenommen werden.

Sonax Lew erklärte im Verlauf einer kraftvollen Rede, der Antrag schließe die Ansicht ein, daß dies eine Frage sei, welche die Friedenskonferenz ein Recht haben würde zu behandeln. Ich bestreite das. Das ist eine innere Angelegenheit, die das britische Reich und die britische Regierung in Ordnung zu bringen seit einer Generation und noch jetzt bereit sei, und zwar nicht nur nach Recht und Gerechtigkeit, sondern in einer in jedem ebedmütigen Maße gegenüber Irland. Nicht ein Mann unter hundert in England würde den Gedanken ertragen, daß die Ordnung dieser Angelegenheit von jemand außerhalb des Reiches diktiert würde. Man scheint zu vergessen, daß die Schwierigkeiten nicht zwischen Großbritannien und Irland bestehen, sondern eine Folge von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Irländern selbst sind. Jedes allgemeine Abkommen in Irland würde von Großbritannien schnell angenommen, aber der nationalistiche Gedanke der Selbstbestimmung besteht darin, daß der Rest von Irland sich ihren Wünschen unterwerfen soll. Infolgedessen liegt die wahre Schwierigkeit in der Frage: Sind die englische Regierung oder das englische Volk bereit, Wider zu zwingen, eine Regelung der Frage gegen seinen Willen anzunehmen? Ich verwerfe nicht an einer Regelung, aber es kann keine Form der Selbstverwaltung für ganz Irland einschließlich Ulster gefunden werden, die nicht in der Hauptsache die Zustimmung Ulsters sichert. Das ist keine Unmöglichkeit, wenn man sich dem Problem auf dem richtigen Weg nähert. Aber das Volk dieses Landes wird sich nicht überzeugen lassen, daß kein Teil der Irländer einem anderen Teil, der den gleichen Anspruch auf Rücksicht hat, seinen Willen aufzwingen wird.

London, 6. November. (Meuter.) Unterhaus. Der nationale Antrag wurde mit 196 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Eine Anzahl von Liberalen und Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten mit den Nationalisten.

Bolschewistisch-Potemkinsche Dörfer.

Hungernde Dorfarme auf dem Revolutionsfest.

Petersburg, 6. November. Zum Revolutionsfest hat die Petersburger Regierung 18 000 sogenannte Dorfarme nach Petersburg kommen lassen, um sie für die Sowjet-Regierung zu gewinnen und dann zur Propaganda auf dem Lande zu benutzen. Wegen der Schwere der winterlichen Hungernot wurden zwanze-werfe besonders reichliche Lebensmittel gesammelt und für die Dorfarme bereit gestellt, damit diese den Eindruck reichlicher vorhandener Vorräte und herrlichen Lebens unter der Verwaltung der Stadt Petersburg bekommen lassen. Tatsächlich haben aber die armen Bauer und Bauernfrauen, die in überfüllten Lagen, zum Teil auf Treppentritten und Buffern, durch Nacht und Wind angepöbel kamen, jetzt in Petersburger Straßen in langen Reihen, um vor dem dazu bestimmten Soldaten Ausdankung an Offiziere abzugeben zu warten.

Potemkin, der Günstling Katharinas II., verstand seine Schaustellungen wenigstens so geschickt zu arrangieren, daß die gute Kaiserin auf die von ihm gestellten Bilder eines glücklichen Volkes jedesmal hereinkam. Den Bolschewisten fehlt selbst die Potemkinsche Regierkunst. Ihr Organisationsvermögen ist so gering, daß sie nicht einmal denken, denen sie ihre Herrschaft von der besten Seite zeigen wollen, das wirkliche Elend Rußlands unter der Bolschewistenherrschaft verheimlichen können.

Entlassung des holländischen Oberbefehlshabers.

Haag, 6. November. (Korrespondenzbüro.) Der Kriegsminister hat heute in der Zweiten Kammer mitgeteilt, daß der Oberbefehlshaber der Land- und Seestreitkräfte noch heute um seine Entlassung ersucht hat, nachdem der Minister ihm mitgeteilt hatte, daß er bei aller Würdigung seiner vorzüglichen Eigenschaften als Mensch und als Offizier der Ansicht sei, daß General Snijders sich nicht impudenz gezeigt hat, den modernen militärischen Geist zu erfassen.

Die Lage an der Wasserfront.

Amstlicher Bericht.

Berlin, 6. November. Abends. Ueber die Lage in Kiel erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes:

Der militärische Schutz der Ostsee durch die Marine ist lückenlos hergestellt. Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsfahne. Die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern ist in ruhigere Bahnen zurückgeführt.

Die Mannschaften der Garnison bemühen sich, Ordnungswidrigkeiten entgegenzutreten. Es erfolgt allmählich allgemeine Abgabe der Waffen. Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Logier- und Krankenhäuser unbehelligt. Die Banken sind fast alle in Betrieb. Die Versorgung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung ist noch nicht gebrüht. Die Betriebe sind noch im Auslande. Die Bevölkerung ist ruhig.

Berlin, 6. November, abends. (Nichtamtlich.) In Hamburg sind die Betriebe ausständig. Es ist zu Disziplinlosigkeiten und gewalttätigen Übergriffen gekommen. Gleiches wird aus Lübeck gemeldet. Abgesehen von Ausbreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angefaßt worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Eine Warnung des Oberkommandanten in den Marken.

Berlin, 7. November.

Bekanntmachung.

In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen Arbeiter- und Soldatenräte nach russischem Muster zu bilden.

Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.

Ich verbiete auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Melanungsstand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, von Dinsingen, Generaloberst.

(Bemerkung der Redaktion des „Vorwärts“: Es würde uns richtig scheinen, wenn die öffentliche Gewalt in diesen ersten Tagen reslos in die Hand der Zivilbehörden gelegt würde.)

Entlassung der deutschen Jahrgänge 1870/71

Die Wolffs Bureau vom Kriegsministerium hört, sind Anordnungen getroffen, daß die Jahrgänge 1870/71, soweit sie nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind, unbergänglich in die Heimat zurückgezogen werden.

Die Frauen im neuen Deutschland.

Mit der Tagesordnung „Die Frauen im neuen Deutschland“ veranstalteten sozialdemokratische und bürgerliche Frauen am 4. November eine große Kundgebung in den Sophienböden in Berlin. Wie stark das Interesse für die Forderungen der Frauen gegenüber der Bevölkerung bewegt, zeigte der Andrang zu dem 2000 Menschen fassenden Saal, der die Abhaltung einer Parallelsammlung notwendig machte. Unter dem Vorsitz von Frau Marie Stritt-Dresden, die auf den Forderungen der Kundgebung gerade im gegenwärtigen Augenblick hinwies, beleuchteten Frau Marie Suchan-Berlin und Frau Dr. A. Kempf-München die Notwendigkeit, auch die Frauen durch die Erteilung voller politischer Rechte in die allgemeine Demokratisierung Deutschlands einzubringen. Nach den Referaten erklärten in kurzen Ansprachen Vertreter und Vertreterinnen sozialer Absperschieden ihre Zustimmung zu den ausgetretenen Forderungen, u. a. der „Bund deutscher Frauenvereine“ (Dr. Adele Lorenson), der sozialdemokratische Parteivorstand (H. v. A. Hermann Müller), die Frauen der sozialistischen Volkspartei (H. v. Sedermann), die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Fraulein Gertrud Hanna), die Deutsche Gesellschaft für Mutterschutz (Frau Adele Schreiber-Krieger), der Bund für Mutterrecht (Frau Gomburg), der Verein zur Förderung der Eitelkeit (Dr. Johanna Soltau); außerdem sprachen die Reichslandtagsabgeordnete Schulz und Einfeldt, Landtagsabgeordnete Günlich, Kaiser Franz und eine Reihe anderer Redner und Rednerinnen. Frau Maria Quast-Gommersbach erklärte das Einverständnis der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Frauenwelt der Stadt Frankfurt a. M. mit den erhobenen Forderungen. Aus Nürnberg und Bamberg meldete die Frauenbewegung ihr volles Einverständnis mit der Forderung nach Gleichberechtigung an. Marie Kallwig erklärte schriftlich, daß sich der Frauen-Kunst-Verband der Frauenstimmrechtsbewegung zugehörig fühlt und mit ihr das passive und aktive Frauenwahlrecht fordert.

In der ebenfalls überfüllten, von Frau Maria Cauer geleiteten Parteibekanntmachung begrüßte Frau Regina Deutsch die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts im allgemeinen. Frau Johanna Schaub aus den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen. In beiden Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 4. November 1918 in der gemeinsamen veranstalteten Versammlung der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, des deutschen Reichsbundes für Frauenstimmrecht und des deutschen Frauenstimmrechtsbundes in den Sophienböden in Berlin anwesenden Frauen und Männer erklären die vollständige Gleichberechtigung der Frauen für unvereinbar mit einer demokratischen Regierung. In allen Fragen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur im gleichen Maße beteiligt wie die Männer, in

allen Fragen des eigenen Geschlechts, des Kindes und Familienlebens die in erster Linie Sachverständigen, haben sie in gleichem Maße wie die männlichen Volksgenossen an den Wahlen für die Gesamtheit zu tragen. Es geht daher nicht an, ihnen als dem größeren Teil des Volkes in einem Volksstaat die entsprechenden Väterrechte zur Mitberatung und Mitbestimmung in allen öffentlichen Angelegenheiten noch länger vorzuenthalten. Nicht nur um der Frauen, sondern um des gesamten Volkes willen fordern wir daher in dieser harten Prüfungszeit unserer Heimat das Wahlrecht für die Frauen in Reich, Staat und Gemeinde.“

Sofortige Parlamentarisierung in Hessen.

In der Sitzung der Zweiten Kammer teilte der Reichstatter Abgeordnete Koch mit, daß die Vertrauensmännerversammlung der Parteien einstimmig beschlossen habe, mit der Parlamentarisierung der Regierung sofort zu beginnen und diejenigen Bestimmungen des Wahlgesetzes und der Verfassungsurkunde, die dieser im Wege stehen, aufzuheben. Danach brachte der Verfassungsausschuß zwei hierzu bezügliche Initiativanträge ein, die einstimmig angenommen wurden.

Zur Neuordnung in Oldenburg.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben: Da die Vereinfachung der Thronrede persönlich durch den Großherzog erfolgte, ein sonst nicht dagewesener Vorgang, so erwartete man allgemein wichtige Entschlüsse der Regierung und eine sehr weitgehende Neuordnung. Doch die in der Rede angekündigten Reformen enttäuschten selbst bis in die Reihen der Zentrumstraktion. Die Versprechungen waren sehr allgemein gehalten und ließen jeden positiven Inhalt vermissen. Ein Aufruf unseres Landesvorstandes hatte vor einigen Tagen weitestgehende Reformen, besonders in der Verfassungsmäßigkeit, und die Aufhebung der Befehlsordnung gefordert. Vor allem aber verlangt die Sozialdemokratie die Abschaffung der noch immer bestehenden Alterszulassung im Landtagswahlrecht. Ein entsprechender Antrag ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Sicherungen der sächsischen Grenz. Dresden, 6. November. Amstlich wird berichtet, in absehbarer Zeit sei nicht zu befürchten, daß die Tschechoslowaken als Kampftruppe an der sächsischen Grenze erscheinen. Es seien jedoch Grenztruppen aufgestellt worden, um etwaige Eindringen von Banden abzuwehren.

Die Bädermeister brauchen einen „Rimbus“. Die „Germania“, Zentralverband deutscher Bäderminderungen, sendet eine Aufschrift mit dem verheißungsvollen Titel: „Der Kaiser muß bleiben.“ Darin heißt es: „Hält der Kaiser fort, ist der Nimbus da.“ — Auf den Nimbus würden wir gern verzichten, wenn uns die Berliner Bädermeister statt dessen endlich besseres Brot liefern würden.

Aufgehobene Denkschriften. Wie wir erfahren, hat das Oberkommando in den Marken durch Erlaß vom 4. November alle gegen den Bund Neues Vaterland bestehenden Verordnungen aufgehoben und den Polizeipräsidenten von Berlin angewiesen, alle beschlagnahmten Schriftstücke freizugeben.

Freiherr v. Stein. Die Meldung von einem bevorstehenden Austritt des Freiherrn v. Stein wird von der „Königlichen Volkspartei“ bestritten.

Letzte Nachrichten.

Flieger über München.

München, 6. November. Drei Flieger, deren Kohlenabzeichen infolge des Nebels nicht festgestellt werden konnten, sind aus südlicher Richtung über München nach Nordosten geflogen. Wo sie gelandet sind, steht bis jetzt noch nicht fest.

Aufhebung der Düsseldorfener P.N.-Zentrale.

Die Düsseldorfener Zentrale der Weierburger Telegraphen-Agentur ist aus den gleichen Gründen wie die Berliner Niederlassung des Instituts aufgehoben worden.

Friedensrede Lord Robert Cecil.

Haag, 6. November. (Holländisch Neuwobbüro.) Aus London wird gemeldet: Bei einem Festessen der amerikanischen Journalisten hielt Lord Robert Cecil eine Rede, in der er sagte: Eine gerechte, dauernde Lösung von uns Selbstgehoram, Selbstkontrolle und Selbstverleugnung fordert, dann müssen wir bereit sein, uns diesen Forderungen zu unterwerfen. Wir sind nicht mit irgendeiner Hoffnung auf Gebietsverweiterung oder Vermehrung unserer Macht in den Krieg gezogen, wir sind dem Krieg beigetreten, um den größten Anschlag auf internationale Gerechtigkeit zu verhindern. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Ehre frei bleibt von jeder Befudlung und wir müssen sie bis zum Ende des Kampfes hochhalten. Wenn wir einen dauernden Frieden zustande bringen, muß dieser Gerechtigkeit zur Grundlage haben und darauf müssen wir ein Gebäude errichten, neuer internationaler Art der Gerechtigkeit, im Geringsten wie im Höchsten, das die Heiligkeit der internationalen Verträge sichern wird und die internationale Zusammenarbeit an die Stelle internationaler Konkurrenz stellen soll. Es muß der Reim für ein neues System gelegt werden, das ein Segen für unsere Nachkommen werden soll.

Ausgang der Deutschen aus Pola.

Wien, 6. November. (Holländisch Neuwobbüro.) Nach der Uebergabe der Marinebehörden von Pola an den italienischen Nationalrat wurde der deutsche Unterseeboot-Stützpunkt Pola aufgelöst. Offiziere und Ingenieure, Unterseeboot-Mannschaften und Arbeiter der Werften, zusammen mehrere tausend Personen wozu die Heimreise über Laibach und Triest nach München an. Der Abtransport hat mehrere Eisenbahnzüge umfaßt und erfolgte so ruhig, daß auch alles persönliche Eigentum mitgenommen werden konnte. Eine Vergütung des Materialschadens und der Wagnis-Erfolge war nicht möglich. Dagegen ist kein einziges deutsches Unterseeboot in die Hände der Italiener gefallen. In Laibach wurden der Marinemannschaft von den italienischen Behörden alle Waffen und Munition mit der Begründung abgenommen, der neue südslawische Staat befindet sich im Kriege mit Oesterreich.

Wanderungen des russischen Staatsführers.

Washington, 6. November. Draklad. Der Direktor des russischen Informationsbüros, A. N. Gaf, wurde durch die russische Volkspartei ermächtigt, zu erklären, daß 800 Millionen Rubel russischen Geldes, die die Volkspartei in Petersburg an sich genommen hätten, durch die Regierung von Omsk in Umlauf gebracht sind. Das Geld geht zwei Drittel der Besitzer des russischen Schatzes Ende des Jahres 1917 von, als die Volkspartei in Petersburg die Herrschaft erlangte. Die Volkspartei schickte es nach Kasan und später nach Ufa. Agenten der Regierung von Omsk bewährten sich des Geldes und bringen es nach Omsk.

Groß-Berlin

Weiterer Ausbau der Schulgesundheitspflege

wurde in einer Sitzung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege" gefordert. Realinspektoren a. D. Prof. Kemler erörterte in seinem Vortrage die Aufgaben, die der Schulgesundheitspflege für die Zeit nach dem Kriege gestellt sind. Weder als je wird es nötig sein, den Gesundheitszustand unserer Nachwuchs zu überwachen und zu fördern. Nicht länger wird es sich aufhalten lassen, für die Schülinge einen regelrechten Unterricht in Gesundheitspflege zu schaffen. In der Diskussion betonte der Berliner Schularzt Dr. Bernhard die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Schulkinder zu steigern. Er sagte, daß dem einzelnen Schularzt gewöhnlich eine viel zu große Kinderzahl überwiesen wird. Ueberdies fehle es den meisten Schulärzten noch an besonderer Vorbildung für ihr Amt, zu dem keineswegs jeder Arzt ohne weiteres geeignet sei, und auch ihr Untersuchungsverfahren sei noch ganz primitiv. Bernhard hält für nötig, daß der Schularzt nicht nur Rat gibt, sondern auch die Behandlung übernimmt. In Berlin ist es bisher so gewesen, daß der Schularzt die Eltern krank befunderer Kinder auf die Notwendigkeit ärztlicher Behandlung hinweist, für die dann die Eltern selber zu sorgen haben. Geheimrat Prof. Dr. Czerny, der Direktor der Universitäts-Kinderklinik, beruht auf der Stelle des verstorbenen Prof. Boginsky zum Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde, verlangte von den Schulärzten mehr Eingehen auch auf das Seelenleben des Kindes.

Mieteinigungsämter und Mietsteigerungen.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen stellt in einem Rundschreiben fest, daß der Mieter das bloße Verlangen des Vermieters nach höherem Mietzins, solange der Mietvertrag nicht gelöst ist, ohne weiteres zurückweisen kann. Will der Vermieter sein Verlangen nach höherer Miete durchsetzen, so muß er kündigen. Da nun die Kündigungen der Nachprüfung und, falls Anordnungen nach § 6 der Mietrechtsverordnung für Wohnungsbesitzer ergangen sind, sogar der Überprüfung des Einigungsamtes unterliegen, so ist damit den Mietern ein Einfluß auf die Gestaltung der Mieten eingeräumt. Bei der Prüfung der Mietsteigerungen wird in erster Reihe der tatsächliche Wert der Wohnung zugrunde zu legen sein. Dabei wird meist von den Friedensmieten in der Weise ausgegangen werden können, daß dem Vermieter für die Steigerung der Hypothekenzinsen die erhöhten Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude usw., ein hinreichendes Aufschlag zugebilligt wird. Die Rücksicht auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien ist zwar nicht außer acht zu lassen, sie darf aber nicht allein ausschlaggebend sein. Besonders ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß nicht Familien wegen Kindererzuchtungs- und Wohnungsschwierigkeiten auseinander werden. Andererseits kann es auch nicht als Aufgabe der Mieteinigungsämter angesehen werden, die Befriedigung hoher Wohnwünsche zu erleichtern, die von Mietern vermöge ihrer Wohlhabenheit gestellt werden.

Wartende Kriegsbeschädigte.

Wo bleibt die Feuerungszulage für die Kriegsbeschädigten? Es ist etwas Schönes um die "Vorkreute", aber fest kann von ihr keiner werden. Weiß man an den "ausländigen Stellen", wie einem Kriegsbeschädigten mit seiner fargen Rente in dieser Feuerungszulage zu Mut ist? Von einem, der bisher vergeblich auf die Auszahlung der Feuerungszulage gewartet hat, bringt ein Notruf zu uns. Der Bedauernswerte hat durch einen stoßfichigen Einzug eingeholt und auch das Gehalt fast völlig verloren, so daß er ganz erwerbsunfähig ist. Die Vorkreute, mit der er entlassen wurde, ist für ihn und seine Familie zum Sterben vielleicht zu viel, aber zum Leben zu wenig. Er wartet mit Schrecken auf die Zulage, die er so dringend nötig hat. Wer will es ihm verdenken, daß er ungeduldig wird?

Nur für Zahlungsfähige!

Dem Antrag auf Erteilung eines Zeugnisses für Krankennahrung, z. B. für Milch, ist ein Arztamt beizugeben. Das Mitglied von Krankenkassen sollte Zeugnisse nicht als Kassenzulassung erlangen, wenn immer noch nicht hinreichend bekannt zu sein. Immer wieder ereignet es sich, daß die Krankenkassenmitglieder ihren Ärzten die Zeugnisse aus eigener Taube bezahlen müssen. Die Ärzte berufen sich darauf, daß die Ausfertigung dieser Zeugnisse aus dem Rahmen ihrer vertraglich übernommenen Kasienpflichten herausfällt. Und die Krankenkassen haben keine Möglichkeit, die Ärzte zu zwingen, daß sie den Vorteil der ihnen ökonomischen Rechtslage nicht ausnützen. Dieses Verhalten der Krankenkassen hat viele Krankenkassenmitglieder nicht verstanden. Ist im "Vorwärts" schon öfter erörtert worden. Wir haben auf die Gefahr hingewiesen, daß die Sonderzahlung der Krankenkassen den Bezug von Krankennahrung zu einem Vorrecht der Zahlungsfähiger werden läßt. Ein Kranker, der Milch haben möchte, schreibt uns, daß sein Kasienarzt ihm für das Zeugnis 5 Mark abverlangte. Die Krankenkasse für Krankennahrung gewährte ihm dann nur 1/2 Liter Milch täglich, so daß die Kosten des Zeugnisses eine sehr erhebliche Verteuerung der ihm in so geringer Menge bewilligten Milch bedeuten. Da er irrtümlich annahm, daß die Ärzte keine Sonderzahlung fordern dürfen, beschwerte er sich bei seiner Kasse. Sie antwortete ihm, die Krankenkasse seien nur verpflichtet, Zeugnisse für Heilmittel unentgeltlich auszustellen. Daß die Milch kein Heilmittel, sondern wohl gar Luxus sein soll, will dem Kranken nicht einleuchten. Er wird es kaum als Trost empfinden, zu hören, daß er diese Leidensgefährten hat, die als Krankenkassenmitglieder wie er die Zeugnisse haben bezahlen müssen. Doch er kann nach von Milch lassen, daß er überhaupt Milch gekostet hat; denn nur zu oft wird trag Einreichung des Zeugnisses — gar nichts bemerkt. Wir wiederholen die schon früher im "Vorwärts" angeführte Forderung, daß die Kosten der Zeugnisausfertigung nicht dem Antragsteller auferlegt, sondern von der Gemeinde mitübernommen werden. Das wäre eine durchaus folgerichtige Weiterbildung des Grundgesetzes, daß Zeugnisse gebührenfrei erteilt werden sollen. Bei dem jetzigen Zustand muß so mancher Unbemittelte von vornherein auf die ihm nötige Krankennahrung verzichten und sie zahlungsfähigsten Leuten überlassen.

Berliner Lebensmittel.

In den Verleihen der Volkskommissionen Nr. 135-150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Kaffee-Ersatz anmelden.

Die Anmeldung für die Abgabe des Kaffeersatzes Nr. 16 der Kaffe-Ersatzverordnung beginnt am Sonntag, den 10., und läuft am Donnerstag, den 14. November ab; die Ware auf Abschnitt 16 wird vom 5. Dezember ab erhältlich sein.

Versorgung mit Wintergemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt: Die deutsche Gemüseernte geht zu Ende. Noch kommen zwar reichlich Weißkohl und rote Rüben (Beeten) auf die Märkte. Das wird aber nur noch kurze Zeit dauern. Deshalb benutze jeder und besonders jede Hausfrau die jetzt gebotene Gelegenheit. Es kann nicht dringend genug empfohlen werden: Schneideet möglichst viel Weißkohl selbst ein! Macht rote Beeten in großen Mengen ein! Wer rechtzeitig Weißkohl und rote

Beeten einlegt, wird besonders in den letzten Schwermere Wintermonaten und namentlich beim nächsten Frühjahrsanfang den Nutzen davon haben.

Wie spare ich Briefumschläge? Die mehrmalige Verwendung derselben Briefumschläge war im Vorkriegszeit nur dann zulässig, wenn sie zuvor umgewandelt waren. Neuerdings läßt indes die Post gewöhnliche Briefumschläge in ihren einmaligen Umschlägen auch dann zu, wenn die erste Umschlagung auffällig durchkreuzt ist. Die zweite Umschlagung muß aber dann so angebracht sein, daß jeder Ungehörigkeit vorbeugt und die Stempelabdrucke ordnungsgemäß angedrückt werden können. Für die zweite Umschlagung kann auch die Rückseite der Umschläge benutzt werden. Ferner kann die Rückseite der Umschläge vor der ersten Verwendung durch einen leichten durchgängigen verlaufenden Strich in zwei Abschnitte zerlegt werden. Die erste Umschlagung bleibt dann auf die rechte Hälfte der Umschlagung beschränkt, so daß die linke Hälfte für eine zweite Umschlagung frei bleibt. Die Deutlichkeit der Umschlagung darf hierunter aber nicht leiden. Ohne weiteres können Umschläge mit derselben Adresse wiederholt verwendet werden.

Der Vorwärts-Kalender 1919 ist erschienen. Sein Inhalt weicht die gewohnte Vielseitigkeit auf. Die Größe des Abrechnungsblocks sowohl wie auch der Tagesblätter ist unverändert, die Gestaltung der Plätter einwandfrei. In bestehen ist der Kalender für M. 2.50 durch jede Buchhandlung oder direkt von der Vorwärts-Verlagsdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Ueber „Die Kriegsbeschädigten und der Staat“ spricht am Freitag, den 8. abends 8 1/2 Uhr, im Oberstübchen der Philharmonie Genosse Reich Kuttner. Zu dem Vortrag, dem sich eine freie Aussprache anschließen soll, sind die sich mit der Kriegsbeschädigtenfrage befassenden Stellen eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Eine Ausstellung sparsamer Haustiere veranstaltet der Reichsverband zur Förderung sparsamer Haustiere mit Unterstützung des Reichsanimalgenossenschafts vom 16. November bis 22. Dezember in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten.

Wintergarten. Im Mittelpunkt des November-Programms stehen Dena Vonder und Gita Kolbe, die mit ihrer Duo-„Mädchen“ die Jubler in heiterer Stimmung versetzen. Das humoristische Gebiet wird noch gepflegt durch Otto Röhr, der als Komiker am Fingal die Lacher auf seine Seite bringt. Sehr elegante und graxiose Leistungen bieten die vier Violinisten Janczals mit ihren Längen auf der Kunststeinhahn. Besonderen Beifall fand ein Spontantanz. Lebhaft applaudiert wurden auch die von Morse in wenigen Minuten modellierte Köpfe der neuen parlamentarischen Regierung, unter ihnen Scheidemann und Dr. David. Auch die übrigen Programmnummern, aus denen wir noch die Schwalbe V. L. K. in ihrem Drahtmodell hervorheben wollen, verdienen unterschiedslos volles Lob.

Im Tauschen-Palast kommt Freitag der Film „Solombra“ zur Uraufführung. Aufnahmen aus Lissabon und Oporto ergänzen den Spielplan.

Ein Mörder und Diebstahler, der 2 1/2 Jahre, mit russisch-Polen kammende Monteur Gustav Hines, der am 15. September in Berlin eine Kontoristin in einem Geschäftslokal überfallen hat und 88000 M. geraubt haben soll, ist in Pantow verhaftet worden.

Charlottenburg, Städtische Uebergangswirtschaft. Die von den städtischen Körperschaften Charlottenburg für die Demobilisierung und die Uebergangswirtschaft eingeschickte besondere Deputation hat zur Beratung der erforderlichen Maßnahmen eine Besprechung mit Vertretern von Industrie und Gewerbe abgehalten, in der volle Uebereinstimmung über die Aufgabe der Uebergangswirtschaft und die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Stadterwaltung erzielt wurde. Für die Beratung der weiteren Maßnahmen wurde aus Vertretern aller Gewerbezweige ein Ausschuss eingeschickt. Sämtliche Industrie- und Gewerbezweige Charlottenburgs haben sich bereit erklärt, die früher bei ihnen beschäftigten Kriegsteilnehmer wieder in ihren Betrieben aufzunehmen und gleichzeitig für eine Weiterbeschäftigung des jetzigen Arbeiterstandes Sorge zu tragen. Die Arbeiter werden durch Umstellung und Schaffung von Arbeitsplätzen die Reueinstellung und die Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter sichern. Besondere Beachtung verdient die Erklärung, daß die Charlottenburger Betriebe während der Uebergangszeit im Interesse der Arbeiterschaft den Geschäftspunkt des Geschäftsgemeinsens zurückstellen und bei Bildung von Vorgesellschaften auch die Gefahr des Konkursverlustes tragen wollen. In Bezug auf die Rohstoffbeschaffung wurde gegenüber den Reichs- und Staatsbehörden die Forderung erhoben, die laufenden Aufträge nicht plötzlich einzustellen und die Verteilung und Zuweisung der Rohmaterialien bereits vor Erlöschung der Kriegsaufträge durchzuführen.

Lebensmittel. In der Woche vom 6. bis einschließlich 12. November sind auf die 14 Abschnitte 10a-10g der grünen Charlottenburger Kartoffelfabrik 5 Pfund Kartoffeln zu entnehmen. Diese Kartoffeln sind nicht für den laufenden Bedarf bestimmt, sondern dienen zur Schaffung eines Vorrates, der in der Woche in Anspruch zu nehmen sein wird, die der Regierung bestimmen wird.

Dichtenberg, Volkstümliche Unterhaltungsabende und Theaterveranstaltungen, veranstaltet vom Ortsausschuss für Volkserhaltung, sollen in nächster Zeit arrangiert werden. Die nächste Vorstellung findet bereits am 11. November in Stern-Kesselfeld, Lärchenstraße, statt. Eintrittskarten zu 2, 1.50 und 1 M. in den mit Plakaten belegten Buchhandlungen und den Parteipositionen bei Seidel und Rosenkranz. Da im Ortsausschuss auch die Arbeiterschaft vertreten ist, so kann allen Genossen und Genossinnen der Besuch dieser Veranstaltungen empfohlen werden.

Capend. Die Stadtverordnetenwahlen finden für die 3. Abteilung vom Montag, den 11., bis Mittwoch, den 13. November, statt. Es wählen die Wähler der Altstadt und Dammvorstadt am Montag im Stadttheater, die der Neiger Vorstadt am Dienstag im Restaurant Dietrich, Dorotheenstr. 1, und die der Köpenicker Vorstadt am Mittwoch im Schloßrestaurant, Berliner Str. 1. Wahlzeit ist an allen drei Wahltagen von 6 bis 7 1/2 Uhr abends. Kandidaten der Partei hat gemäß Beschluß der letzten Wahlversammlung Mechaniker Paul Herbst, Handwerker Karl Kiefe, Galvaniker Heinrich Jungblaus, Schlosser Karl Kieckeb, Reichsstadtdirektor Hermann Kappeler, Gewerkschaftsbeamter Otto Kidel für die Wahlzeit an Stelle des Genossen Wilm Schläger Gustav Herbst. Die Namen sind in der Reichsliste zu nennen, wie vorstehend aufgeführt.

Mariendorf, Verkauf von Zwiebeln. Die Gemeinde verkauft Sonnabend, den 9. d. M., in den drei Gemeindeflächen während der Verkaufsstunden 8 bis 11 und 4 bis 7 Uhr auf Abschnitt 76 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 1 Pfund Zwiebeln (82 Pf.). Ein Ansuchen ist nicht nötig, weil genügend Ware vorhanden ist.

Lichterfelde, Beitritt zu den Siedlungsvereinigungen. Auch die Gemeinde Lichterfelde ist der Siedlungsvereinigungen im Kreis Teltow und der Wohnungsfürsorgegesellschaft Märkische Heimstätte der Provinz Brandenburg mit einer Einlage von je 10000 M. durch Beschluß ihrer letzten Gemeindevertretung beigetreten. — Zu Weinbeschäftigten für die Truppen wurden 3000 M. zur Unterstützung hilflosbührender Kriegsheimkehrer für ein halbes Jahr 3000 M. bewilligt. — Zur Erweiterung des Gemeindefriedhofs an der Lange Straße wurde der besanderte, wenig bekannte Friedhof der Hauptfeldkammerhaft und ein weiteres Grundstück angekauft, so daß der Friedhof auf weitere 10 Jahre ausreicht. — In geheimer Sitzung gewährte die Gemeindevertretung den Kriegshilfskräften, Soldaten und Arbeitern der Gemeinde eine einmalige Teuerungszulage von 80 bis 200 M. je nach der Beschäftigungsgröße. Da die Beamten und Lehrer der Gemeinde Lichterfelde im Vergleich mit anderen Vororten galschlich schlechter dastehen, eine allgemeine

Neuregelung der Gehälter aber jetzt nicht angänglich ist, bewilligte ihnen die Gemeindevertretung außer der bereits gezahlten Teuerungszulage zum Ausgleich noch eine besondere Zulage von 200 M.

Barnau, Stadtverordnetenerwahl. Durch die Mandatniederlegung des Genossen Pohl ist eine Ergänzung zur Stadtverordnetenversammlung für die 3. Abteilung notwendig geworden. Diefelbe findet Sonntag, den 17. November, statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Soldatenwart Ferdinand Grapentanz. In seine Genossen und Gesinnungsgenossen werden ersucht, für die Wahl Grapentanz eifrige Propaganda zu entfalten, da auch die Unabhingigen einen Kandidaten ausstellen.

Sonntag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale „Dorussia“ (Inhaber Notwald) eine öffentliche Wählerversammlung statt, zu welcher lebhafteste Propaganda zu entfalten ist.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Heute abends 8 Uhr findet im Jugendheim, Lindenstraße 3, die fünfte Fortsetzung der Vorträge über „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ statt. Genosse Rolfenbueh wird folgendes Thema behandeln:

„Der Sturz des Sozialistengesetzes und die Partei bis zum Ausbruch des Weltkrieges.“

Eintrittskarten für neue Teilnehmer sind noch am Saaleingang zu haben.

Geriichtszeitung.

Gaunerstreiche mit Hilfe von Kriminalschulleuten

Scheinen jetzt in Groß-Berlin an der Tagesordnung zu sein. Ein Fall dieser Art beschäftigte die 7. Strafkammer des Landgerichts I in einer Anklage gegen den Wäckermeister Viktor Wolney, wegen Beihilfe zum Untervergeben und Fälscheri, sowie gegen die beiden Kriminalschulleute Friedrich Dröcher und Franz Schimkat — zwei viele Jahre im Dienste stehende Beamte — wegen Mötigung unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt und passiver Bestechung. Der Hauptbeschuldete bei der Inzenerierung dieses Gaunerstreiches, der jetzt erst 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Markus Weich, ist zum Richter eingezogen; das Verfahren gegen ihn ist abgezwängt worden. Er wurde gefesselt als Feige vernommen und hat seine Schuld zugegeben. Dieser Markus Weich hatte zufällig bei einer Frau Grünbaum große Warenmengen gesehen, die zweifellos auf den Vertrieb eines Schleichhandels hindeuteten. Er hatte ferner gehört, daß der illegale Wäcker in der Lage sei, mit Hilfe von Kriminalbeamten präventive Ansprüche durchzusetzen. Zu ihm ging Weich und klagte ihm sein Leid: Er habe an Frau Paula Grünbaum für 20000 M. Ware verkauft, die Grünbaum habe ihm aber die Ware nicht bezahlt und weigere sich, ihm die Sachen, die er im einzelnen bezeichnete, herauszugeben. Von alledem war kein Wort wahr. Weich hat den Wolney, ihm durch die ihm bekannten Kriminalbeamten zur Wiedererlangung „seiner Ware“ behilflich zu sein und setzte für ihn eine Belohnung von 300 M., für die Beamten eine solche von 2000 M. aus. Wolney erklärte sich bereit, die beiden Beamten dazu zu bewegen, die Herausgabe der Sachen zu bewirken, und Dröcher war gleichfalls sofort dazu bereit, verlangt aber die 2000 M. für sich allein. Schimkat wurde dann herangezogen, auch bei der Sache mitzuwirken. Dröcher und Schimkat begaben sich in die Wohnung der Frau Grünbaum in der Krausenstraße, legitihierten sich als Kriminalbeamte und erklärten, eine Hausdurchsuchung nach Schleichhandelsware vorzunehmen zu müssen. Sie liehen sich den dort lagernden Vorrat an Garnen, Stoffen, Gummi, Leder, Tacharin usw. vorlegen und erklärten die Ware für beschlagnahmt, wobei Dröcher noch etwas von sofortiger Verhaftungsmöglichkeit anführte. Die Ware wurde zu Wolney gefahren. Weich hatte gleich einen Käufer mitgebracht und verkaufte diesem einen Teil der Sachen für 1200 M. Er behauptete aber, es fehle noch Sedentafel, Crepe de Chine und 1600 Garnrollen. Dröcher verabredete infolgedessen mit Weich, nochmals zu der Grünbaum zu gehen. Zuerst ging Dröcher allein und teilte der G. vertraulich mit, daß die Sachen noch nicht nach dem Präsidium geschafft seien und man ihr noch helfen könnte, wenn sie 7000-8000 Mark flüssig hätte. Er erklärte weiter, Tags darauf mit Weich wiederzukommen zu wollen. Frau G. merkte nun aber, daß an der Sache etwas faul sei, und als Dröcher und Weich bei ihr erschienen, wußte sie nicht, daß ein von Frau G. benachrichtigter Kriminalschulleute im Nebenzimmer saß und ihre Unterhandlungen mit anhörte. Weich wurde festgenommen und gegen alle drei Angeklagte Anzeige erstattet. — Die Angeklagten behaupteten, daß sie die Angaben des Weich geglaubt und nur bezichtigt hätten, ihm zu seinem Eigentum wieder zu verhelfen. — Schimkat ist nach sechsmonatlichem Aufenthalt ein geistig stark minderwertiger Mensch. — Das Gericht verurteilte Wolney zu 2 Jahren, Dröcher zu 4 Jahren und Schimkat zu 2 Jahren Gefängnis und je 6 Jahren Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück in Ungarn.

60 Soldaten tot, 150 schwer verletzt.

Wien, 5. November. Die Blätter melden aus Budapest: Am 10. Uhr abends ging von Steinbruch ein Personenzug mit Soldaten in die Heimat ab. Die Wagen waren überfüllt, die Soldaten saßen auf Treppen, Dächern und Buffern. Vor Rakos entfiel ein Achsenbruch, durch den der Zug in der Mitte auseinandergerissen wurde. Die vorderen sechs Wagen fuhren in rasender Geschwindigkeit vorwärts, drei davon entgleiten und gingen in Trümmer. Die nachfolgenden Wagen stürzten übereinander. Aus Budapest trafen alsbald Rettungsgesellschaften und Polizei ein. Bisher wurden sechzig tote und 150 schwer verletzte geborgen. Sehr viele Soldaten verunglückten durch einen Sprung aus dem Fenster.

Wasserstandsberichte der Bundesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	4. 11.	5. 11.	Wasserstand am	4. 11.	5. 11.		
	cm	am		cm	cm		
Memel	187	—	Zaale	Großhild	90	88	
Regel	Amlenburg	-12	Fabel	Brandau	86	87	
Weißel	Leber	69	80	Kathnew	5	5	
Oder	Rathor	271	240	Zdree	Spierberg	90	82
	Rothen	121	127		Kreßdorf	204	—
	Krausfurt	126	125	Wefer	Rindan	185	186
	Schwamm	18	—		Rindan	214	208
	Landberg	-13	-10	Wietn	Flugmillau	148	—
	Brandam	-22	-21		Saub	129	—
Rebe	Leitmeritz	—	—		Gün	132	—
Eibe	Preßden	-173	-177	Neckar	Geilbrunn	85	—
	Barba	73	70	Main	Janau	107	—
	Wagdeburg	62	65	Wiesel	Trier	—	—

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Gestlich der Ober größtenteils trocken und ziemlich heiter, in den Tagstunden überall mild, im Westen überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern.

Besondere für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Landes: Alfred Schult, Berlin; für Anzeigen: Theodor Gode, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3, Quartier 1, 2. Etage.